

Antrag 2022/A/7**ASF Landesvorstand / AG Queer Landesvorstand****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion****Minijobreform jetzt!**

1 Die vor kurzem beschlossene Erhöhung des
2 gesetzlichen Mindestlohns ist begrüßens-
3 wert, war sie doch längst überfällig. Gleich-
4 zeitig sieht allerdings das „Gesetz zur Er-
5 höhung des Schutzes durch den gesetzli-
6 chen Mindestlohn“ vor, dass die Grenzen,
7 bis zu denen die sogenannten Minijobs
8 ohne Sozialabgabepflicht möglich sind,
9 dynamisch steigen. Die geplante Auswei-
10 tung der Geringfügigkeitsgrenze auf 520
11 € bedeutet mehr Minijobs, die kaum so-
12 ziale Sicherheit für die Beschäftigten bie-
13 ten. Die vergangenen zwei Jahre der Pan-
14 demie haben gezeigt, wie im Ernstfall ge-
15 rade die geringfügig Beschäftigten ohne
16 sozialen Schutz vor Arbeitslosigkeit und
17 Anspruch auf Krankengeld betroffen wa-
18 ren. Mehrere Studien haben nachweisen
19 können, dass der gesetzliche Mindestlohn
20 bei geringfügig Beschäftigten häufiger um-
21 gangen wird. Auch ist mittlerweile deut-
22 lich, dass Minijobs keine Brückenfunkti-
23 on in Richtung einer sozialversicherungs-
24 pflichtigen (Vollzeit-)Beschäftigung haben.
25 Stattdessen stellen sie oft genug eine Fal-
26 le dar, aus der die geringfügig Beschäf-
27 tigten durch Dequalifizierungseffekte nicht
28 oder nur schwer in sozialversicherungs-
29 pflichtige Beschäftigung wechseln können.
30 Die Anhebung und Dynamisierung der Mi-
31 nijobgrenze ist ein gleichstellungspoliti-
32 scher Rückschritt und verstärkt Fehlanrei-
33 ze, statt sie zu überwinden. Wir erwarten
34 von einer sozialdemokratisch geführten Re-
35 gierung ein entschlossenes Handeln, um

36 die bestehenden Einkommensunterschie-
37 de zwischen Männern und Frauen, die un-
38 gleiche Verteilung von Sorge- und Erwerbs-
39 arbeit, die fehlende Absicherung insbeson-
40 dere im Alter für Frauen zu überwinden.
41 Wir fordern eine Reform, die geringfügiger
42 Beschäftigung soziale Sicherheit und lang-
43 fristige Stabilität gibt! Wir fordern die Bun-
44 desregierung und den Bundesarbeitsminis-
45 ter auf, diese geplante Ausweitung der Mi-
46 nijobgrenze gekoppelt an die Dynamisie-
47 rung des Mindestlohns zu stoppen! Statt-
48 dessen sind entsprechend der Beschlussla-
49 ge der SPD Minijobs in die Systeme der so-
50 zialen Sicherung zu überführen und ist die
51 längst überfällige Minijobreform endlich –
52 wie im Wahlprogramm beschlossen – an-
53 zugehen!